

Offene Frage nach der geeigneten Vollzugsanstalt

Fall Hauert sorgt weiterhin für Zündstoff

sda. Der Mordfall von Zollikerberg sorgt weiterhin für politischen Zündstoff: Die FDP-Kantonsratsfraktion liebt äugelt mit der Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK), um mögliche Versäumnisse der Zürcher Justiz rückhaltlos aufzuklären.

Sie werde am Montag einen entsprechenden Antrag in die FDP-Fraktion einbringen, bestätigte Kantonsrätin Franziska Troesch-Schnyder auf Anfrage. Spätestens nach Enthüllungen während des Prozesses durch den Staatsanwalt sei sie von der Notwendigkeit einer PUK überzeugt. Durch früher eingereichte Interpellationen seien auch in formaler Hinsicht die Voraussetzungen für die schnelle Einsetzung einer PUK gegeben.

Andere Parteien wollen Antrag prüfen

Vertreter von der SP und den Grünen stellten sich auf Anfrage nicht grundsätzlich gegen das stärkste parlamentarische Instrument zur Klärung offener

Fragen im Fall des Wiederholungstäters Erich Hauert. Sie verwiesen jedoch darauf, dass bereits eine laufende Strafuntersuchung gegen verschiedene Behördenmitglieder sowie eine Abklärung durch die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Kantonsrates laufen. Die SVP will sich zumindest für eine unabhängige Untersuchung stark machen. Die CVP könnte sich eine Unterstützung des Antrages vorstellen, wie Fraktionschef Richard Hirt betonte.

Im Zentrum der seit drei Jahren schwelenden politischen Nachwehen zum Zollikerberg-Mord steht die Frage, ob Behörden fahrlässig handelten, als sie dem einschlägig vorbestraften Sexualmörder Ende Oktober

1993 den umstrittenen Urlaub gewährten. In diesem Urlaub beging Hauert in Zollikerberg seinen dritten Mord.

Für Trösch-Schnyder ist klar, dass die Kompetenzen der GPK für eine rückhaltlose Aufklärung der Affäre nicht ausreichen. Der verwaltungsinternen Untersuchungskommission, die eine mögliche Mitschuld involvierter Beamter 1994 untersuchte, wirft sie heute Vertuschungs- und Verschleierungsabsichten vor. Die Beteuerungen der damaligen Kommission, der Fall Hauert sei nach üblicher Praxis gehandhabt worden, erscheine heute in völlig neuem Licht.

Staatsanwalt sprach Klartext

Unterstützung erhielt Trösch-Schnyder von Hauerts Ankläger, Staatsanwalt Pius Schmid, der im Gerichtssaal von einer Mitschuld der Behörden sprach. Gemäss seinen Ausführungen hatten die Verantwortlichen Warnungen vor der Gefährlichkeit Hauerts in den Wind geschlagen. Schon 1993 wäre es laut Schmid angezeigt gewesen, eine PUK einzusetzen.

Besonders stossend für Trösch-Schnyder ist die Tatsache, dass heute Leute in der Fachkommission zur Beurteilung besonders gefährlicher Gewaltverbrecher sitzen, die am umstrittenen Untersuchungsbericht von 1994 beteiligt waren. Zu den Vorwürfen will der Kanton am Montag Stellung nehmen.

Die geeignete Anstalt eine offene Frage

Schmid hatte am Donnerstag einmal mehr die Frage nach der geeigneten Anstalt zur Unterbringung schwer gestörter und gemeingefährlicher Gewalttäter gestellt. Psychiatrische Kliniken aber auch die Strafanstalt Pöschwies seien heute massiv überfordert, sagte er auf Anfrage. Die Schweiz verfüge bisher über keine passende Einrichtung; dringend notwendig sei es deshalb, auf nationaler Ebene eine Lösung zu finden. Wo Hauert nach dem Urteil vom Donnerstag verwahrt wird, war am Freitag von der Justizdirektion nicht zu erfahren.